

# SCHNELLINFO

## Argumente gegen das neue SPD-Modell einer "Gemeinschaftsschule"

### I. Ausgangslage

Nachdem die Grünen bereits seit längerem eine Einheitsschule fordern, in der alle differenzierten Bildungsgänge und Schulformen aufgehen sollen, hat sich nun auch die SPD in NRW diesen Vorstellungen angenähert. Mit der "Gemeinschaftsschule" wird die heutige Differenzierung nach Schulformen aufgegeben, aber verschiedene Bildungsgänge werden auch zukünftig festgeschrieben.

### II. Bewertung

Die FDP-Landtagsfraktion hält die Aufgabe eines differenzierten Bildungsangebotes und unterschiedlicher Schulformen für falsch. Unser Ansatz bleibt: Wirkungsvolle Reformen zur Qualitätsverbesserung erfolgen durch das neue Schulgesetz im System.

Nach den Grünen springt jetzt auch die SPD auf den Zug auf und fordert unverhohlen die Einheitsschule. Aber mit ihrem Versuch eine Gespensterdebatte über neue Schulstrukturen zu entfachen, will Rot-Grün lediglich von der eigenen Konzeptlosigkeit abzulenken. Das ist der durchschaubare Versuch, die bildungspolitischen Sünden der Vergangenheit zu verschleiern. Inhaltliche Konzepte liegen dieser Debatte nicht zugrunde. Rot-Grün hat unser nordrhein-westfälisches Bildungssystem mit seiner leistungsabgewandten Pädagogik vor die Wand gefahren. Die Koalition aus CDU und FDP setzt, wie im neuen Schulgesetz verankert, auf die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes. Das gegliederte, begabungsgerechtere Schulsystem soll dabei erhalten und weiterentwickelt werden.

### III. Fakten

1. Die "Gemeinschaftsschule" mit drei ausdifferenzierten Bildungsgängen unter einem Dach (mindestens fünfzügig) und Oberstufe ist eine Mammutschule mit einer Mindestgröße von rund 1.000 Schülern. Noch größer müssen Schulen mit den vorgesehenen Oberstufenzentren werden. Das Modell bedeutet das Sterben der kleinen Schulstandorte und bietet deshalb keine Lösung für den ländlichen Raum.

2. Das Modell bedingt ein gewaltiges Um- und Ausbauprogramm für unsere 2130 Schulen der Sekundarstufe I. Davon profitieren zwar Bauunternehmen, aber nicht die Schüler. Wie dies unsere Kommunen finanzieren sollen, bleibt ein Rätsel.
3. Mit der Hauptschule werden gleichzeitig die Realschule und das Gymnasium abgeschafft. Dies bedeutet auch das Aus für die meisten weiterführenden Schulen in freier Trägerschaft.
4. Die Wahlfreiheit der Kommunen, die "Gemeinschaftsschule" mit getrennten Bildungsgängen in nochmals zwei Varianten oder als Gesamtschule anbieten zu können, macht aus NRW einen schulischen Flickenteppich. Eltern könnten innerhalb des Landes kaum von einer Stadt in die nächste ziehen, wenn sie ihr Kind in einer Schulform behalten möchten.
5. Schulen brauchen Ruhe, um ihre Schüler individuell fördern zu können. Mit dem neuen Schulgesetz ist erstmals ein verlässlicher Rahmen geschaffen. Wer jetzt jahrelang an Strukturen herumbasteln will, schafft neue Unruhe und schürt Ängste bei Eltern und Lehrkräften.
6. Die Landesregierung stellt die über Jahrzehnte vernachlässigte Unterrichtsversorgung und die Entwicklung der Unterrichtsqualität in den Vordergrund. Sie investiert in Köpfe, nicht in Beton. Sie schafft 4.000 zusätzliche Lehrerstellen allein gegen Unterrichtsausfall, 2.400 weitere für Ganztagsangebote.
7. Für den ländlichen Raum sieht das Schulgesetz Möglichkeiten vor, dem Schülerrückgang pragmatisch zu begegnen. So können Kommunen insbesondere Haupt- und Realschulen zu einem organisatorischen Verbund mit einheitlicher Leitung und einem Lehrerkollegium zusammenführen. Im übrigen läßt das Schulgesetz auch die Fortführung einzügiger Hauptschulen zu.
8. Die Landesregierung stärkt die Hauptschule mit dem massiven Ausbau von Ganztagsplätzen und zusätzlichen Lehrerstellen. Die neue Hauptschule soll vor allem ein Profil als berufsvorbereitende Schule entwickeln.

#### **IV. Kontakt**

<p><b>Fachabgeordnete:</b></p> <p><b>Ingrid Pieper von Heiden MdL</b>  <b>Bildungspolitische Sprecherin</b>  <b>Ruf: 0211/884-2503</b>  <b>Fax: 0211/884-3616</b>  <b>e-mail: pieper.von-heiden@landtag.nrw.de</b></p>	<p><b>Ansprechpartner im Fraktionsvorstand:</b></p> <p><b>Ralf Witzel MdL</b>  <b>Parlamentarischer Geschäftsführer</b>  <b>Ruf: 0211/884-4441/-4442/-4443</b>  <b>Fax: 0211/884-3636</b>  <b>e-mail: ralf.witzel@landtag.nrw.de</b></p>
--	--